


Thema Flüchtlinge - Stellungnahme



Flüchtlingspolitik im Sinne der Menschen

Die Flüchtlingspolitik der CDU/SPD- Bundesregierung ist gescheitert, sie ist aus dem Ruder gelaufen. Weder den Geflüchteten, noch der Bevölkerung in Deutschland wird sie gerecht. Unfassbar ist, dass die Bundeskanzlerin zum Bruch geltenden Rechts aufgerufen hat. Die Bundesregierung lässt die Städte und Gemeinden die Fehler ihrer Außen-, Entwicklungshilfe- und Europapolitik ausbügeln. Die Kommunen müssen sofort stärker unterstützt werden. Bruchköbel hat u.a. in 30 Kleinhäuser für Flüchtlinge bereits 1,5 Millionen Euro investiert. Für die Bewachung durch Securitydienste werden pro Monat ca. 25.000 € ausgegeben. Bis heute ist nicht klar, ob die Stadt diese Gelder zurückerhält. So geht das nicht.

Der Ernst der Lage wurde lange nicht erkannt bzw. geleugnet. Die Grenzen des tatsächlich Machbaren sind in vielen Kommunen schon überschritten. Es muss unterschieden werden zwischen dem humanitären Aspekt von Verfolgten und Kriegsflüchtlingen und dem wirtschaftlichen Aspekt (Fachkräfte für die Wirtschaft). Die Bundesregierung hat den Menschen den Eindruck vermittelt, dass alle Menschen nach Deutschland kommen und bleiben können. Das ist falsch.



Es muss gesagt werden, dass Kriegsflüchtlinge aus humanitären Gründen nur so lange aufgenommen werden, wie in ihrer Heimat Krieg ist. Es könnten dann wenige bleiben, die unsere Wirtschaft tatsächlich benötigt. Die anderen müssten zurückkehren, um beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen – wie nach dem Jugoslawienkrieg in den 90er Jahren.

Freie Wähler fordern:

- *Fluchtnotwendigkeiten bereits in den Herkunftsregionen vorbeugen.*
- *Staaten der Europäischen Union gleichermaßen in die Pflicht nehmen.*
- *Kreise, Städte und Gemeinden stärker unterstützen.*
- *Die Zuwanderung deutlich begrenzen, die Verfahren beschleunigen.*

Ein Dank gilt ausdrücklich den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich in Eigeninitiative selbstlos einbringen und so den frühzeitigen Kollaps abgewendet haben.

*Die überörtlichen Aussagen orientieren sich an den Freien Wählern
- Bundesvereinigung- u.a. vom 26.09.2015: www.freiewaehler.eu*

